

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsadresse: Waldstr. 10, Dresden  
Telefon-Nr.: 10 10 10  
Post-Nr.: 10 10 10

Bezugspreis: Bei Abnahme von 100 Bogen 12,00 M.  
Einzelhefte 12 Pf. (einschl. Porto)  
Abnahme von 100 Bogen 12,00 M.  
Einzelhefte 12 Pf. (einschl. Porto)

Druck: Druckerei W. & A. K. Dresden  
Verlag: W. & A. K. Dresden  
Verlag: W. & A. K. Dresden

## Hindenburg für beschleunigte Agrarhilfe

### Vollstreckungsschutz-Berordnung am Dienstag Grenzen der Staatsgewalt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Jan. Das Reichskabinett wird am Montag zu einer Kabinettsitzung zusammentreten. In der die Vollstreckungsschutz-Berordnung fertiggestellt wird. Heute nachmittag wurde der Reichspräsident v. Hindenburg vom Reichsminister und dem Reichsjustizminister über die vorgezeichneten Einzelheiten der Vollstreckungsschutz-Berordnung eingehend unterrichtet.

Der Reichspräsident legt im Hinblick auf die schwere Notlage, in der sich besonders die bäuerliche Bevölkerung befindet, den größten Wert auf eine beschleunigte Verabschiedung und möglichst umfassende Ausgestaltung dieser Verordnung.

Wegen der schwerwiegenden Probleme, die hier zu regeln sind, bedarf die Verordnung, wie man an amtlicher Stelle erklärt, aber noch einer besonderen juristischen Durchsicht. Das Kabinett wird dann am Montag seine letzten Beschlüsse fassen, so daß mit der Inkraftsetzung der Verordnung bereits für Dienstag zu rechnen ist. Ueber den Inhalt der Verordnung verläutet noch, daß die Gebiete, für die die Hilfsmaßnahmen wirksam geworden sind,

von ihr nicht berührt werden dürften. Ferner dürfte das Kabinett über die Bereitstellung von Mitteln für die Düngemittelbeschaffung in der Montagtagung Beschlüsse fassen.

#### Ein Protest des Großhandels

Berlin, 12. Jan. Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels wendet sich in einer Erklärung gegen die Angriffe des Reichslandbundes, die dieser in seiner getriggen Entschließung gegen die in der Exportwirtschaft tätigen Wirtschaftskreise gerichtet hat, und weist darauf hin, daß er in einer Eingabe an die Reichsregierung gegen die offenbar in Aussicht genommenen Sofortmaßnahmen insbesondere auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft Einspruch erhoben hat, da mit einer solchen Maßnahme der Not der Landwirtschaft nicht abgeholfen werden könne. Vollziehung jeder Initiative, schwere Schädigungen des Handels der noch gesunden Träger der Landwirtschaft seien mit Sicherheit zu erwarten. Die Regierung wird eindringlich davor gewarnt, sich ohne eingehende vorherige Prüfungnahme mit allen beteiligten Kreisen zu Maßnahmen dieser Art drängen zu lassen.

Zwei Probleme stehen gegenwärtig im Vordergrund des öffentlichen Interesses, die sich nicht voneinander trennen lassen: die öffentliche Arbeitsbeschaffung und der Zustand der Reichsfinanzen. Ueber beide ist die Öffentlichkeit durch die zuständigen Ressortleiter der Reichsregierung unterrichtet worden. Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk hat vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages ein Bild der Finanzlage gegeben, und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung hat über seinen Aufgabenkreis vor dem Sozialpolitischen Ausschuh Bericht erstattet. Da die Mittel für die öffentliche Arbeitsbeschaffung, auch wenn sie zunächst im Wege der Kreditausweitung gewonnen werden, doch zu Lasten des Reichsetats gehen und aus seinen Ueberflüssen in kommenden Jahren wieder abgedeckt werden müssen, ist ihr Ausmaß eng mit der Entwicklung der Reichsfinanzen verbunden. Wir haben vom Reichskommissar gehört, daß für das Sofortprogramm 500 Millionen zur Verfügung stehen. Träger der Arbeiten zur Arbeitsbeschaffung sollen nur Reich, Länder, Gemeinden, Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts, sowie gemischtwirtschaftliche Unternehmungen sein. Sie sollen allerdings die Arbeiten zunächst nicht in eigener Regie ausführen, sondern sie an private Unternehmer vergeben. Die Finanzierung erfolgt durch Darlehen, die durch die Vermittlung des Arbeitsbeschaffungskommisars gegeben werden. Eine wesentliche Bedingung ist, daß die Arbeiten zufälliger Natur sein sollen, also nicht bereits im normalen Programm, beispielsweise einer Gemeinde, schon enthalten sein dürfen. Aber hier ergeben sich bereits Schwierigkeiten. Bekanntlich sollen Arbeiten finanziert werden, für die die Leistungsfähigkeit der betreffenden öffentlichen Körperlichkeit nicht ausreicht. Nun haben aber gerade die Gemeinden dringende öffentliche Arbeiten durchzuführen, die sie unter keinen Umständen vernachlässigen können, und für die sie sich die Mittel auch ohne die Darlehensmöglichkeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms hätten verschaffen müssen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß diese Arbeiten, die keinen zufälligen Charakter tragen, trotzdem auf dem beengteren Wege der Finanzierung durch das Reich ermöglicht werden. Denn der Nachweis des eigenen Unvermögens wird heute seiner Gemeinde schwer fallen. Ein großer Teil der 500 Millionen würde dann, entgegen den Absichten des Reiches, für Arbeiten verwendet werden, die die Gemeinden trotz ihrer Notlage auch so hätten ausführen müssen. Das trifft leider sogar für das Reich zu. Aus den Ausführungen des Reichsfinanzministers hat sich ergeben, daß man angesichts der rückläufigen Steuereinnahmen und der wachsenden Ausgaben für die Winterhilfe, für Sanierungen, für Beihilfen an notleidende Länder und Gemeinden im Gesamtbetrag von über einer Milliarde, ja sogar für Tributzustellungen an Belgien und Amerika, für die man 45 Millionen aufwenden mußte, gezwungen war, wichtige Aufgaben, vor allem Arbeit schaffende Wasser- und Straßenaubau, zurückzustellen. So haben wir sogar am grünen Holz des Reiches daselbst Bild wie in den Gemeinden. Einerseits Zurückhaltung hinsichtlich der vorbereiteten öffentlichen Arbeiten aus finanziellen Gründen, andererseits Arbeitsbeschaffung durch eine besondere Reichsbehörde, die zunächst neuer Pläne auf Kosten von ausgereiften Vorhaben geht. Maßnahmen, die sich in ihrer Durchführung so gut wie gegenseitig aufheben. Hinzu kommt, daß der tatsächlich wirksam werdende Teil der 500 Millionen des Sofortprogramms, so beträchtlich wie die öffentliche Arbeitsbeschaffung an sich ist, naturgemäß nur eine bescheidene Veränderung der Gesamterwerbslosigkeit bedeuten kann. Die Beschäftigung von 200 000 Erwerbslosen würde an sich bereits ein gutes Ergebnis bedeuten. Jedoch wäre mit Hilfe der öffentlichen Arbeitsbeschaffung erst jedem 20. Erwerbslosen wieder Verdienst geschaffen. Damit soll die segensreiche Wirkung derselben nicht verkleinert werden, die sich jedoch im wesentlichen darauf beschränkt, die Verlegung der Konjunktur auch durch das Antriebsmittel öffentlicher Aufträge zu beschleunigen.

Das heißt, daß ein Volk wie das deutsche, das alles leicht alles Teil von staatlichen Maßnahmen erwartet, darüber klar werden: Mit öffentlichen Arbeitsbeschaffungsplänen allein läßt sich die Krise nicht beheben. Sie sind im gegenwärtigen Augenblick, sofern sie ihre natürliche Grenze nicht überschreiten, als

## Einlenken des Reichslandbundes?

### Ein Brief des Präsidiums an Hindenburg

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Januar. Der offene Krieg zwischen der Reichsregierung, der sich inzwischen der Reichsverband der deutschen Industrie angeschlossen hat, auf der einen und dem Reichslandbund auf der anderen Seite, hat bereits jetzt in den Kreisen aller Beteiligten die Frage aufkommen lassen, ob die deutsche Gesamtwirtschaft sich einen solchen wenig erfreulichen Zustand leisten dürfe. Wenn auch in den Regierungskreisen zunächst noch dem Unwillen über das Vorgehen des Reichslandbundes Ausdruck gegeben wird, so wird die Regierung auf die heute erfolgte Erklärung des Reichslandbundspräsidiums doch nicht mehr erwidern, woraus man schon den Schluß zieht, daß der Regierung an einer Vertiefung des Zerwürfnisses nichts gelegen ist.

In Regierungskreisen wird allerdings der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es an dem Reichslandbund liegt, für die Wiederherstellung des Einvernehmens besorgt zu sein.

Es hat den Anschein, als ob man auch innerhalb des Landbundes selbst über den ganzen Konflikt der sich so unversehens ergeben hat, nicht gerade erheitert ist. Zur Begründung für diese Annahme weist man in politischen Kreisen auf Ausführungen hin, die sich heute in dem führenden Berliner agrarischen Organ, der „Deutschen Tageszeitung“, finden, und die in der Feststellung gipfeln,

daß es einen Kriegszustand zwischen der Reichsregierung und einer führenden landwirtschaftlichen Organisation einfach nicht geben dürfte.

Als interessant bezeichnet man es auch, daß dieses Organ der Meinung Ausdruck gibt, daß sich der ganze Konflikt lediglich aus beiderseitigen Mißverständnissen entwickelt hat. Man glaubt aus diesen Darlegungen zu der Annahme berechtigt zu sein, daß, wenn zunächst auch noch einige Zeit vergehen dürfte, in der sich Regierung und Landbund „feindlich“ gegenübersehen, mit ernsthaften Verständ-

igungsversuchen doch schon für die nächste Zukunft zu rechnen sein wird.

Berlin, 12. Januar. Die der „Nationalsozialistische Zeitungsdienst“ aus gut unterrichteten Kreisen erfährt, hat das Präsidium des Reichslandbundes an den Reichspräsidenten von Hindenburg einen herablassend gehaltenen Brief gerichtet, der dem Reichspräsidenten Donnerstagmorgen zugeleitet wurde. In diesem Brief gibt das Präsidium des Reichslandbundes seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Reichspräsident anlässlich des Besuchs des Präsidiums des Reichslandbundes für die Höhe und Weiten der deutschen Bauern Verhältnisse geehrt habe. In dem Brief wird nochmals der Standpunkt des Reichslandbundes zu der Politik des Kabinetts von Schleicher klargestellt und die dem Reichslandbund von dem Kabinett zum Vorwurf gemachten Dinge als unbegründet bezeichnet.

### Eine Erklärung des Verbandes Sächsischer Industrieller

Dresden, 12. Jan. Der Verband Sächsischer Industrieller erklärt zu dem Reichslandbunds-Konflikt eine Erklärung, in der er in überaus scharfer Weise die Angriffe des Landbundspräsidiums gegen die Industrie kritisiert und bedauert, daß der sächsische und größte Stand gegen einen anderen Stand, der mit des Vaterlandes Aufstieg und Weltgeltung untrennbar verbunden selbsterhalten ausbleiben geworden sei. Es heißt in der Erklärung u. a.: Wir, die Industriellen Sachsens, eines an Ackerbauern armen, überbevölkerten Landes, arbeiten seit Menschenalt mit unseren wertvollsten Arbeitern für Fremde, damit unter nicht gebräuntes, an Entbehrungen gemühtes Volk dem deutschen Bauern das heute ohne unsere Schuld farg gewordene Brot abkaufen kann. Wir sind so stolz und so frei wie der deutsche Bauer. Wir leiden seine Not und denken und handeln so deutsch wie er. Wären wir allmächtig,ginge es uns und ihm besser.

## Sowjettampfer mit 254 Menschen gesunken?

Tokio, 12. Januar. Der 1650 Tonnen große sowjetische Dampfer „Sachalin“ ist mit einer Besatzung von 54 Mann und 200 Fahrgästen an Bord im Ostchinesischen Meer in Seenot geraten. Das Schiff gilt als verloren. Der japanische Dampfer „Sapporo Maru“ lag am Donnerstag früh von der „Sachalin“ 508-Meile auf, die sofort an die Funkstation Ostkaibo und andere Stationen weitergegeben wurden. Alle Versuche, mit dem Sowjettampfer funktentelegraphische Verbindung aufzunehmen, blieben vergeblich. Es wird befürchtet, daß der Dampfer untergegangen ist. — Das Meer von Ostost ist ein Teil des Stillen Ozeans an der östlichen Küste.

### Englisches Tiefenflugzeug ins Meer gestürzt

London, 12. Januar. Ein mit 10 Mann besetztes neues Tiefenflugzeug der englischen Luftstreitkräfte stürzte am Donnerstag aus geringer Höhe bei Plymouth in den Kanal und versank so weit unter Wasser, daß nur noch die Spitze einer Tragfläche zu sehen war. Glücklicherweise

waren einige Fischerboote in der Nähe, die die gesamte Besatzung, die ins Wasser gesprungen war, retten konnten. Das schwerbeschädigte Flugzeug wurde später mit Hilfe eines Aerienschiffes von mehreren Schleppern ins Tau genommen und nach Plymouth gebracht. Das von dem Unglück betroffene Flugzeug ist eine Schwermaschine des im Februar 1931 an derselben Stelle abgestürzten englischen Seeküstenflugzeuges Iris III. Damals ertranken von der ausblühtigen Besatzung neun Mann.

### Die Danziger Flieger in Berlin gelandet

Berlin, 12. Januar. Das Flugzeug der Danziger akademischen Fliegerschule, das auf seinem Deutschlandflug am Mittwoch früh in Berlin erwartet wurde, jedoch wegen schlechten Wetters nach Stolp zurückkehren mußte, ist am Donnerstag um 15.15 Uhr auf dem Flughafen Tempelhof gelandet. Die Flieger wurden von Vertretern des Magistrats Berlin und der Flughafenverwaltung begrüßt und werden am Sonntag ihren Flug nach Ostost fortsetzen. Der geplante große Empfang im Berliner Rathaus wird erst nach Beendigung des Fluges Anfang März stattfinden.

Heute: **Der D.N.-Kraftfahrer**  
Seite 9 und 10